

5. Höherer Lektionenfaktor für eine Jahreslektion

Postulat Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Judith Stofer (AL, Dübendorf)
vom 30. Mai 2022 KBIK Kommission für Bildung und Kultur
KR-Nr. 271/2022, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Marc Bourgeois hat an der Sitzung vom 28. November 2022 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Zuerst zu meiner Interessenbindung: Ich bin Lehrperson, bin momentan aber nicht am Unterrichten, weil ich keine oder zu wenig Zeit habe neben meinen politischen Ämtern. Zweitens bin ich Passivmitglied beim ZLV (*Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband*).

Das Wichtigste bei diesem Vorstoss ist folgendes: Wir sagen immer hier drin, wir möchten realistische Politik betreiben, realistische Politik, das heisst also, es braucht bessere Bedingungen, realistischere Bedingungen für Lehrpersonen. Passend zu den verschiedenen letzthin geführten Debatten im Bereich der Bildung ist auch dies ein zentraler und wichtiger Vorstoss für eine grosse Verbesserung. Der Regierungsrat wird nämlich mit dem vorliegenden Postulat eingeladen, die Grundlagen zu erarbeiten, damit Jahreslektionen in der Volksschule mit einem höheren Lektionenfaktor angerechnet werden von bisher nämlich 58 auf 62 Stunden pro Lektion. Nicht nur, aber auch im Zusammenhang mit dem Lehrpersonenmangel braucht es neue Ansätze, um der Überzeitproblematik der Lehrpersonen im Kanton Zürich entgegenzuwirken.

Da diese Überbelastung strukturelle Massnahmen erfordert, braucht es verschiedene Änderungen, damit der Lehrberuf wieder attraktiver wird. Im Lehrpersonalgesetz soll der Lektionenfaktor angehoben werden, denn es braucht Zeit, es braucht Zeit, guten Unterricht für individuelle Ansprüche vorzubereiten. Im aktuell gültigen, neu definierten Berufsauftrag wird für den Tätigkeitsbereich Unterricht in der Regel pro Wochenlektion 58 Stunden als Arbeitszeit pauschal angerechnet. Bis anhin hat die Schulleitung zudem die Kompetenz, den Lektionenfaktor unter bestimmten Bedingungen für einzelne Lehrpersonen zu erhöhen oder zu vermindern. Wenn jedoch der Lektionenfaktor erhöht wird, führt dies dazu, dass weniger Arbeitsstunden in den Tätigkeitsbereichen Schule, Zusammenarbeit und Weiterbildung zur Verfügung stehen. Es gibt bereits einige Arbeitszeituntersuchungen, welche klar aufzeigen, dass viele Lehrpersonen Überzeit ausweisen müssen. Und ob es richtig ist, dass jede Schulleitung im Einzelfall Lehrpersonen einen höheren oder auch einen tieferen Lektionenfaktor zusichern kann, das stelle ich in Frage.

Jetzt liegt bei uns eine Vorlage in der Kommission zum neuen Berufsauftrag vor (*Vorlage 5966*). Ich bin dann also sehr gespannt auf diese Diskussion in der Kom-

mission. Wir haben nämlich seitens SP mit ganz vielen unterschiedlichen Vorstössen, welche wir nach den Sommerferien 2022 eingereicht haben, die Thematik des Lehrpersonenmangels aufgenommen, und wir haben probiert, ein Lösungspaket zu formulieren, damit die Situation entschärft wird. Bei den eingereichten Vorstössen handelt es sich um ein Paket mit Verbesserungsvorschlägen für eine gesamthafte Betrachtung des Berufes der Lehrpersonen. Deshalb bitte ich Sie hier sehr stark, dass Sie dieses Postulat mitüberweisen, damit wir genügend qualifizierte Lehrpersonen finden, welche eine zentrale Aufgabe für uns alle übernehmen. Die Lehrpersonen investieren Zeit, Musse und viel Gespür in unsere Kinder und in deren Bildung. Das muss uns und das soll uns etwas wert sein, Bildung als unser höchstes Gut. Also eine realistische Politik auch im Bereich zeitgemässe Anstellungen in der Bildung im Kanton Zürich. Danke für die Aufmerksamkeit.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Die Schule wird immer komplizierter. Die Klassen werden immer heterogener, der Beruf als Lehrperson wird immer schwieriger. Ich glaube, so weit sind wir uns einig. Da überrascht es nicht, dass 90 Prozent von 664 befragten Lehrpersonen aus dem Raum Basel der Ansicht sind, dass das heutige Schulsystem grundsätzlich überdacht und wieder vereinfacht werden muss. In Zürich sind wir noch nicht so weit wie in Basel. Die linke Ratsseite kennt nur ein Rezept, ein Rezept unter verschiedenen Titeln, aber es lautet: Mehr Ressourcen, sprich mehr Personal, mehr Geld, dann kommt es irgendwann schon gut. Was hätte das Postulat für Folgen? Im Prinzip gibt es zwei Möglichkeiten, denn es müssen ja immer noch dieselbe Anzahl Schulstunden erteilt werden, gemäss Lehrplan. Entweder bestreiten die Lehrpersonen tatsächlich 7 Prozent weniger Schulstunden, werden also tatsächlich entlastet. Die Lücken muss man dann mit Kleinpensen stopfen und man hat noch mehr Bezugspersonen, macht noch mehr Koordinationsaufwand. Und vor allem: Woher nehmen wir diese Personen? Wir haben heute schon zu wenig Lehrpersonen. Also ist die andere Variante die wahrscheinlichere, und es gibt nur die beiden Varianten: Die Lehrpersonen leisten gleich viele Schulstunden, aber auf dem Papier steigt ihr Pensum um ein paar Prozent, sprich, wir reden von einer reinen Lohnmassnahme. Lohnmassnahmen machen Menschen in Berufen, in denen sie ausbrennen, nicht glücklicher, und sie werden deswegen nicht weniger ausbrennen. Die grundlegenden Probleme werden so nicht gelöst. Was aber ganz sicher passieren würde – und das kann man ausrechnen oder zumindest abschätzen, wenn man die Lohnsumme anschaut, die wir für die Lehrpersonen investieren –, wir hätten Mehrkosten von rund 100 Millionen Franken pro Jahr für Kanton und Gemeinden zusammen, Jahr für Jahr. Und das in Zeiten, in denen wir Investitionen wie Schulhäuser «hinausstüdeln» müssen.

Wir haben im Rahmen der Vorstösse 228/2022 und 229/2022 Vorschläge gemacht, wo man auch ansetzen könnte, ohne einfach mehr Geld ins System zu pumpen. Dieselben Parteien, die nach immer mehr Geld rufen, sind aber dieselben, die alle anderen Vorschläge rundweg ablehnen und selber eigentlich keine

Vorschläge bringen, bei denen es nicht um eine versteckte Erhöhung der finanziellen Mittel geht. Man löst Probleme aber nicht, indem man einfach immer mehr Geld über die Probleme wirft.

Auch wenn der Regierungsrat vor zwei Jahren bereit war, das Postulat entgegenzunehmen, wissen wir inzwischen, dass er es zum Glück nicht umsetzen möchte. Wir haben es gehört von Carmen Marty, die Thematik wird ja momentan bereits in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) behandelt. Ein zusätzliches Postulat wird hier nichts ändern. Der Vorstoss könnte problemlos zurückgezogen werden. Ich verstehe nicht ganz, weshalb wir hier eine Kommissionsdebatte im Kantonsrat führen müssen. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Dieses Postulat würde keine Sekunde weniger Stress für die Lehrerinnen und Lehrer bedeuten. Die viel zu vielen Aufgaben, die mit der Ausübung des Lehrberufs einhergehen, werden weiterhin nicht hinterfragt; sie werden einfach ein bisschen besser entlohnt. Aber genau damit würde man den Stressfaktor nur zementieren. Man besänftigt mit mehr Lohn die Gemüter, löst aber kein einziges Problem. So hat man es in den letzten 20 Jahren immer wieder gemacht, ohne den geringsten Erfolg. Die Arbeitsbelastung hat nur noch weiter zugenommen, und diese kontraproduktive Lohnerhöhung hätte zudem gewaltige Mehrkosten für Kanton und Gemeinden zur Folge.

Es ist klar, der Lehrberuf ist anspruchsvoll und leider mit viel zu vielen Aufgaben verbunden, die nichts mit dem Unterrichten zu tun haben. Und diese Aufgaben, die vielen Besprechungen, die Reformen, der Koordinationsaufwand, die sind das Problem, die sind die unnötige Belastung. Und das muss man an der Wurzel packen, indem man all diese Aufgaben hinterfragt. Das wäre sinnvoller, als zu resignieren und das fehlerhafte System mit teuren Massnahmen am Leben zu erhalten. Wir unterstützen dieses Postulat darum nicht.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Angesichts des sich verschärfenden Lehrpersonenmangels und der ausserordentlichen Leistungen, die unsere Lehrpersonen in der Volksschule tagtäglich erbringen, ist es unerlässlich, die Arbeitsbedingungen für unsere Lehrpersonen attraktiver zu gestalten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, braucht es nachhaltige strukturelle Massnahmen zur Entlastung der Lehrpersonen, um die Verweildauer im Beruf zu sichern. Nur so beheben wir den Mangel an Lehrpersonen langfristig und sichern damit die Qualität der Volksschule.

Die Pauschalfestlegung des Lektionenfaktors für den Bereich Unterricht auf 58 Stunden erfolgte 2017 aus budgetorientierten Gründen und nicht aus pädagogischen Qualitätsansprüchen. Dies führte zu einer unverhältnismässig hohen Arbeitsbelastung, zu unbezahlter Überzeit und bei vielen Lehrpersonen zum Entscheid zur Reduzierung ihres Arbeitspensums. Eine Erhöhung des Lektionenfaktors für eine Jahreslektion von heute 58 auf 62 Stunden kann eine dieser nachhaltigen Massnahmen sein, wurde aber in der kürzlich vorgelegten Vorlage zum LPG

(*Lehrpersonalgesetz*) und zur LPVO (*Lehrpersonalverordnung*) nicht berücksichtigt. Wir sind der Meinung, dass diese Massnahme zumindest diskutiert werden soll, und überweisen das Postulat.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Die Forderung dieses Postulats kann als Ergänzung zur Behandlung der Motion, «Stärkung der Klassenlehrperson» (KR-Nr. 232/20222), betrachtet werden. Diesen Vorstoss haben wir vor der Sommerpause behandelt. Es muss eben nicht nur das Zeitkontingent für die Arbeit der Klassenlehrperson, sondern auch jenes für den Lektionenfaktor pro Jahr erhöht werden, denn bei diesen beiden Tätigkeitsbereichen handelt es sich um das Kerngeschäft einer jeden Lehrperson. Der ZLV hat dargelegt, dass der neue Berufsauftrag strukturelle Fehler aufweist. Er beruft sich dabei auf Arbeitszeituntersuchungen des Dachverbandes für Lehrer und Lehrerinnen. Hochgerechnet auf ein Jahr und ein Vollpensum würde im Durchschnitt bei jeder Lehrperson rund acht Wochen unbezahlte Überzeit anfallen, also etwa 340 Stunden Gratisarbeit. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, gibt es wenig Möglichkeiten, wenn wir jetzt nicht diesen Lektionenfaktor erhöhen. Die Alternativen, erstens, Lehrpersonen investieren weniger Zeit und Qualität in die Vorbereitung ihrer Lektionen, um Zeit zu sparen. Zweitens, sie reduzieren ihr Arbeitspensum, weil sie nicht mehr so viel arbeiten wollen und können. Drittens, sie springen ab oder aber sie laufen in ein Burnout – das haben wir auch schon oft verzeichnet oder haben wir immer noch oft zu verzeichnen.

Der Lehrpersonenmangel ist vielleicht nicht nur, aber er ist eben auch hausgemacht. Wie soll denn bei überdurchschnittlich grossen Klassen individualisieren der Unterricht stattfinden, wenn die Vorbereitungspauschale zu knapp bemessen ist? In den guten alten Zeiten durfte der Lehrer ungeachtet jeglicher Heterogenität gerne allen Kindern das gleiche Unterrichtsmaterial servieren. Wer mitkam, gehörte zum Winning-Team, wer nicht, blieb sitzen. Heute ist zum Glück das Gegenteil der Fall. Lehrpersonen müssen in pädagogischer wie didaktischer Hinsicht allen Kindern gerecht werden. Sie bereiten die Lektionen so vor, dass sich jedes Kind gemäss seinem individuellen Lernstand weiterentwickelt. Das heisst, Unterrichtsmaterialien sind auf das einzelne Kind abgestimmt und die Kinder dürfen mit verschiedenen Lernstrategien arbeiten. Die Unterrichtstechnik ist vielseitig: Frontalunterricht, kooperatives Lernen, Kleingruppenbetreuung, Eins-zu-eins-Betreuung und am besten alles auch noch kompetenzorientiert und interdisziplinär. Der Lehrplan 21 stellt hohe Ansprüche. Nicht zu vergessen, in gewissen Gemeinden stellt für die Mehrheit der Kinder auch das Erlernen der deutschen Sprache eine riesige Herausforderung dar. All diese Aspekte fliessen in die Lektionsvorbereitung ein. Ich kann Ihnen versichern, wenn man es gut machen will, arbeitet man als Lehrperson viel. Bitte lassen Sie uns also den Lektionenfaktor erhöhen, denn die Überzeitproblematik der Lehrpersonen muss endlich zuverlässig gelöst werden, und zwar als Gesamtpaket. Wir Grüne unterstützen das Postulat.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Wir werden das Postulat nicht überweisen. Ich beziehe mich mit meinem Votum nicht nur auf diesen Vorstoss, sondern auch auf alle folgenden drei Vorstösse, welche mit dem neuen Berufsauftrag zu tun haben.

Die Vorschläge der Regierung zu den Anpassungen zum neuen Berufsauftrag sind in der Kommission. Für die Mitte ist klar, dass noch Justierungen gemacht werden müssen, auch in Anbetracht, dass wir durchaus bemerkt haben, wie grosszügig auf die Forderungen der Schulleitungen im Vergleich zu jenen der Lehrpersonen eingegangen worden ist. Wir kennen aber in der Zwischenzeit auch das Preisschild für den Kanton und die Gemeinden, und uns ist ein möglichst ausgewogenes Gesamtpaket wichtig. Es sollen die Massnahmen finanziert werden, welche am meisten Nutzen bringen. Wir sind deshalb auch der Meinung, dass die Anpassungen im neuen Berufsauftrag als Gesamtpaket angegangen werden müssen und nicht einzeln mit verschiedenen Vorstössen, auch im Hinblick auf die Kosten.

Es gilt, etwas Ausgewogenes auszuhandeln. Wir werden deshalb auch alle nachfolgenden Vorstösse zum neuen Berufsauftrag nicht unterstützen, auch im Wissen, dass die heutigen Überweisungen beziehungsweise Nichtüberweisungen alle sehr knapp beziehungsweise mit einem Zufallsmehr sein werden, immer abhängig davon, wer heute hier im Rat ist. In der Kommission werden wir Kompromisse machen und uns auf diese Anpassungen fokussieren müssen, welche wirklich einen Mehrwert bringen für die Lehrpersonen, Schulleitungen, aber auch für Schülerinnen und Schüler.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz, und in der Volksschule legen wir die Grundlage für die Bildung der nächsten Generation, die unser Land in die Zukunft führen wird. Ein entscheidender Erfolgsfaktor sind dabei die Lehrpersonen, die sich Tag für Tag mit Kompetenz, mit Hingabe und mit viel Herzblut individuell um ihre Schülerinnen und Schüler kümmern.

Doch diese Lehrpersonen sind hoffnungslos überlastet. Als Gesellschaft haben wir der Schule immer mehr Bildungs- und Erziehungsaufgaben übertragen; die Schülerinnen und Schüler müssen immer individueller beschult werden und die Arbeit mit manchen Eltern wird immer schwieriger. Da ist es klar, dass die vorgesehene Arbeitszeit nirgendwo mehr hinreicht und Lehrpersonen aufgrund der Überlastung ihr Pensum reduzieren oder ihren Job sogar an den Nagel hängen. Das wollen wir ändern mit diesem Vorstoss mit einem höheren Lektionenfaktor für faire Pensen, ohne Überstundenüberhang, für die nötige Zeit für einen guten Unterricht und für genügend Lehrpersonen. Dass der Lektionenfaktor erhöht werden muss, anerkennt übrigens ja auch die grosse Mehrheit der Teilnehmenden an der Vernehmlassung zur Revision des Berufsauftrags, Schulen, Gemeinden, Parteien inklusive. Die Bildungsdirektion selbst hatte im Vorschlag ebenfalls eine Erhöhung des Lektionenfaktors vorgeschlagen. Und heute staune ich über den Sinneswandel des Regierungsrates, der diese Erhöhung trotzdem wieder streicht. Was ist denn da passiert? Und welche Alternativen sieht denn die Regierung, um

den Lehrberuf wieder erlebbarer zu machen und den Lehrpersonenmangel zu bewältigen? Wollen wir vielleicht – wie damals beim Pflegepersonal – auch hier für das Lehrpersonal einfach nur Klatschen und Tanzen?

Eine gute Bildung hat ihren Preis, aber auch ihren unersetzbaren Wert, wie das schon John F. Kennedy (*US-amerikanischer Präsident*) sagte, «es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung». Die EVP steht mit Überzeugung hinter diesem Vorstoss, er ist mehr als Klatschen für die Lehrpersonen. Ein höherer Lektionenfaktor muss her.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Wir behandeln erneut einen Vorstoss, der vor der Vernehmlassung zum neuen Berufsauftrag eingereicht wurde, und auch dieser hat nicht an Brillanz verloren – nicht an Brillanz, sondern an Brisanz –, denn die Bildungsdirektion schlug bekanntlich eine Erhöhung von 58 auf 60 Stunden für eine Jahreslektion vor, strich diese aber nach der Vernehmlassung kurzerhand wieder und dies, obwohl dem Bericht der Vernehmlassung zu entnehmen ist, dass die Vernehmlassungsteilnehmenden der Erhöhung mit deutlich über 80 Prozent zugestimmt hatten. Wozu eine Vernehmlassung durchführen, wenn anschliessend so klare Antworten keinen Eingang in die Überarbeitung finden? In diesem Punkt sieht das Ganze nach einer Alibi-Übung aus.

Eine Erhöhung dieses Faktors wäre eine substantielle Entlastung, und zwar für alle Lehrpersonen. Sie alle kennen wohl das Dokument «Tätigkeitsbereiche, Zuordnung von Tätigkeiten des Volksschulamtes». Im Tätigkeitsbereich Unterricht ist im Detail aufgelistet, was alles dazu zählt. Neben der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Lektion, also die eigentliche Lektion, werden Lernzielkontrollen erstellt, korrigiert, beurteilt; die Lektionen werden ausgewertet, Unterrichtsmaterialien müssen beschafft werden. Es wird dokumentiert, wie Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten der Schüler und Schülerinnen sind. Es müssen Absprachen der Unterrichtsinhalte mit allen Betroffenen getroffen werden, auch die Vorbereitung und Durchführung von Exkursionen, Schulreisen, Projektwochen, Klassenlagern und anderen besonderen Anlässen, wie der Sporttag oder Schulhausfeste, gehören dazu.

Alle Befragungen und Auswertungen haben gezeigt, dass die 58 Stunden für eine Jahreslektion nicht ausreichen. Bei allen Jobs verkauft man Zeit und bekommt Geld. Warum soll dies für Lehrpersonen anders sein? Ein gewichtiger Grund für die Einführung des neuen Berufsauftrages im Schuljahr 2017/2018 war, die Lehrpersonen zu entlasten. Lassen Sie uns dies nun tun. Es ist an der Zeit, die systemischen Mängel des neuen Berufsauftrages zu beheben. Zeigen auch Sie unseren fantastischen Lehrpersonen ihre Wertschätzung und überweisen Sie diese Motion. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Also der erste Satz von Carmen Walker Späh hat mich ein bisschen herausgefordert. (*Heiterkeit*) Sie hatte gesagt, sie hatte gesagt... (*Zwischenrufe*) Entschuldigung, Carmen Marty, ich wollte dich nicht in die falsche Ecke treiben. Heute sind überhaupt generell ein bisschen viele falsche

Namen unterwegs. Also, Carmen Marty Fässler, du hast gesagt, du gebest keine Schule mehr, weil du politische Ämter hast. Ich würde dir vorschlagen, lege die politischen Ämter ab und geh wieder in die Schule, denn du hast eine teure Ausbildung gemacht, und diese Ausbildung ist eigentlich besser in diesem Bereich. Die SP sollte ja eigentlich genug Personal haben, um diesen Mangel aufzulösen. Und es wäre schön, wenn du dann wieder Schule geben könntest. Und so könnten wir mindestens eine Person wieder drin haben.

An Hanspeter Hugentobler: Lass uns doch bitte dies im Berufsauftrag, der in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) ist, behandeln. Das, was jetzt läuft, das ist nur Schattenspielen der Befürworter, die eigentlich nichts anderes möchten, als die Lehrer immer besser zu stellen. Es geht nie um den Schüler, es geht immer NUR um die Lehrpersonen.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat jetzt noch die Bildungsdirektorin Silvia Steiner, welche ich bei uns recht herzlich begrüßen möchte.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Der Regierungsrat hat in seiner Vorlage auf eine Erhöhung des Lektionenfaktors verzichtet. Die weitere politische Diskussion über den Lektionenfaktor ist nun im Rahmen der Anpassung des Lehrpersonalgesetzes zu führen. Die entsprechende Vorlage ist momentan in der KBIK in der Beratung, entsprechend kann das Postulat entgegengenommen werden. (*Teilweiser Applaus.*)

Ratspräsident Jörg Sulser: Bitte unterlassen Sie das Klatschen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Postulat KR-Nr. 271/2022 zuzustimmen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.